

*(Diese dreiteilige Essay-Serie zu den Bauern-Demonstrationen
in Deutschland wurde im Dezember 2019 verfasst
und erschien bei „Tichys Einblick online“)*

Die schwarz-rot-grüne Agrarwende ist ein Phantasiegebilde.
Die Realität der Landwirtschaft ist auf Seiten der demonstrierenden Bauern.

Die Wahrheit der Traktoren

1. Dezember 2019

Die große Bauern-Demonstration am 26 November in der deutschen Hauptstadt hat vor allem durch ihre physische Wucht und die prosaische Knappheit ihrer Sprache beeindruckt. Den Berlinern sind dabei vor allem die 8600 Traktoren im Gedächtnis geblieben: ihre Größe, ihre gewaltigen Räder, ihre bulligen Motoren, ihre dröhnenden Hupen und ihr Warnleuchten-Gewitter. „Die Trecker muteten martialisch an, fast wie eine erobernde Armee“ schrieb Kolja Zydatis in einem Artikel auf der „Achse des Guten“ am 27. November. Ja, es war eine physische Gewalt, aber es war eine ruhige, sichere Gewalt, ohne inszenierte Betroffenheit und aggressives Geschrei, wie man es von anderen Demonstrationen kennt. Mit den Bauern trat eine Kraft auf, die eine bestehende und täglich durch Arbeit erneuerte Realität hinter sich wusste. Eine Realität, die in unseren heutigen Großstädten völlig verdrängt ist, und der sie fremd gegenüberstehen. Mit der Traktor-Demonstration, die die Innenstadt und die großen Zufahrtsachsen in Beschlag nahm, bekamen die Berliner wieder einen Eindruck von den Gewichten und Gewalten, die in den Arbeitsprozessen draußen im Lande bewegt werden müssen, damit ihre „Urbanität“ jeden Tag überhaupt auf die Beine kommt. Ja, der Ton war rau, aber hier war nicht irgendeine demonstrativ-kreisende Wut zu hören, sondern man spürte den festen, unbeirraren Zorn von Menschen, die wissen, was sie leisten. Und die sich auch nicht von irgendwelchen rhetorischen Mätzchen beeindrucken lassen.

Von unseren Regierenden weiß man, dass sie gerne von „Verständnis“ und „Dialog“ flöten, während sie sich im Grunde längst im Alleinbesitz der Wahrheit wähnen. Mit einem solchen Auftritt wollten die Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) und die Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) auch auf der Kundgebung durchkommen. Es wurde ein peinlicher Auftritt. Als Frau Schulze zum Mikrofon griff, drehten ihre zahlreiche Bauern demonstrativ den Rücken zu. Diese Ministerin kann gar nicht den Mund aufmachen, ohne dass aus ihm nicht sofort die Verachtung der landwirtschaftlichen Arbeit spricht. Der Mund brachte die Zahl von 114 Euro vor, die jeder deutsche Steuerzahler pro Jahr für den Agrarhaushalt der EU zahlen würde. Sie wollte damit die Bauern als Subventionsempfänger von Gnaden der Politik darstellen, wodurch die Politik gleichsam das Recht erworben haben, den Bauern jedwede Belastung und Einschränkung ihrer Betriebe aufzuerlegen. Sie musste am Ende fluchtartig das Podium verlassen. Frau Klöckner versuchte es mit „liebe Bauern“ und „*Wir Christdemokraten stehen an der Seite der Landwirte.*“ Aber beim Thema Düngeverordnung sagte sie „Da muss ein bisschen mehr Ehrlichkeit rein“ und damit behauptete sie, dass die Ehrlichkeit auf Seiten der Landwirte fehlen würde. Von der Tatsache, dass die Nitrateinträge der Landwirt-

schaft insgesamt schon rückläufig sind, aber die Messstellen in den letzten Jahren stärker auf Problemorte konzentriert wurden und daher eine Verschlechterung signalisieren, schwieg sie. Ebenso schwieg sie darüber, dass die Messorte in anderen EU-Ländern nicht so positioniert sind, und von dort Agrarprodukte dann nach Deutschland importiert werden (von Importen aus Nicht-EU-Ländern ganz zu schweigen). Und dann folgte ein Satz, der zeigte, auf welchem hohem Ross die Tussi reitet: *„Ich will ihnen den Stolz zurückgeben, den Sie verdient haben“*, sprach sie zu den Bauern. Wie vermessen: Eine Ministerin verleiht den Stolz, die Bauern dürfen ihn empfangen.

Ein neues, großes Bauernlegen

Und welches Dreckswerk verbirgt sich hinter dieser Vermessenheit: Denn die Prioritäten der Regierung und die Umweltschutz-Normen, mit denen diese Prioritäten durchgesetzt werden, bedeuten nicht weniger, als dass der konventionellen Landwirtschaft in Deutschland die Ertragsgrundlage - und damit die Arbeits- und Existenzgrundlage – entzogen wird. Das sogenannte „Agrarpaket“ der Bundesregierung ist ein Vorgriff auf eine Schwarz-Rot-Grüne „Agrarwende“. Es ist ein Vorgriff auf ein neues Bauernlegen in Deutschland.

Dass dies keine Übertreibung ist, zeigt eine Meldung aus den Niederlanden. Dort haben sich die linksliberalen „Democraten 66“ (D66) mit der Begründung „Klimaschutz“ dafür ausgesprochen, die Viehhaltung zu begrenzen. Ein D66-Sprecher ging so weit, eine Halbierung des Viehbestandes in den Niederlanden zu fordern.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. November bezieht sich auf ein Gespräch mit Markwart von Pentz, Vorstandsmitglied im US-Landmaschinenkonzern John Deere, dem größten Anbieter von Traktoren in Deutschland. Was in Berlin passiere, habe er gesagt, sei eine Riesenschweineerei. Die Regierung wisse nicht mehr, auf welcher Seite sie stehe, und entziehe der Landwirtschaft den Boden. Wegen der restriktiven Normen für eigene Landwirtschaft würden, statt mehr Verbraucherschutz zu bekommen, mehr unkontrollierte Lebensmittel importiert.

Und auch die Lektüre von Kommentaren in regionalen Zeitungen lohnt sich in diesen Tagen. In der „Magdeburger Volksstimme“ vom 27. November stehen folgende Sätze: *„Und während der Bauer weiterackert und die günstigsten und besten Lebensmittel seit Menschengedenken für wenig Geld an die Discounter liefert, wird er von Stadtmenschen als Bienenmörder und Tierquäler beschimpft...Ob Energie- oder Agrarwirtschaft: Die Umweltpolitik zerstört Strukturen, ohne neue zu schaffen.“*

Die einfachen Worte, die die demonstrierenden Bauern auf Holzplatten geschrieben haben und am Ladegeschirr ihrer Trecker befestigt haben, sind also wirklich ernst zu nehmen:

„Niemand soll vergessen, Bauern sorgen fürs Essen.“

„Ohne uns wärst Du hungrig, nackt, nüchtern.“

„Belastbare Daten statt belastete Familien“

„Liebe Grüne-Besserwisser: Kauft euch mal ein Stück Land und zeigt, was ihr besser könnt.“

Die großstädtischen Geschichtenerzähler

Nach der Demonstration der Bauern war in den sogenannten „Leitmedien“ eine bestimmte Reaktion zu beobachten. Sie bestand, genau genommen, aus drei Elementen: Zum Ersten zeigte man „Verständnis“ für die Protestierenden und erweckte den Anschein, auf ihrer Seite zu stehen. Zum Zweiten nahm man dabei eine bestimmte Verschiebung vor: Man behauptete,

den Bauern ging es gar nicht so sehr um reale Sachverhalte, sondern vielmehr um ihre „Anerkennung“ und „Mitsprache“. Damit war das Verständnis schon halb zurückgenommen und wurde zum vergifteten Geschenk. So konnte man dann im dritten Element die Katze aus dem Sack lassen und die Unverzichtbarkeit einer „Agrarwende“ behaupten. Die Forderungen der Bauern wurden damit abgewiesen und erledigt.

Am 30. November erschien in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein Leitartikel von Julia Löhr. Der Text trägt die Überschrift „Am Pranger“ und erweckt zunächst den Eindruck, dass er die Kritik an den Bauern als Tierquäler und Klimasünder zurückzuweist. Auch der Hinweis auf die 80 Millionen Menschen, die in Deutschland jeden Tag ernährt werden wollen, fehlt nicht. Aber schon am Anfang findet sich auch ein Satz, der das Anliegen der Bauern verschiebt: *„Diesmal geht es ihnen nicht so sehr ums Geld, sondern vor allem um ihren Stolz.“* Damit ist die Auseinandersetzung auf ein Feld verschoben, auf dem es keine harten Restriktionen und Gegensätze gibt - und wo man mitreden kann, ohne von den technischen Anforderungen und dem Stand der Landwirtschaft eine Ahnung zu haben. Im weiteren Verlauf des Leitartikels werden dann Schritt für Schritt die Positionen der Bio-Landwirtschaft und der NGOs untergebracht: Bisher seien nur wenige Verbraucher bereit, die höheren Preise der Bio-Lebensmittel zu zahlen. Das müssten sie ändern. Die verschärften Nitratauflagen beim Wasser seien uneingeschränkt richtig.

Sie erfinden sich ihre eigenen „neuen Bauern“

Und dann, gegen Ende des Leitartikels, lässt die Autorin die Katze aus dem Sack und führt „die jüngeren Landwirte“ ins Feld, die angeblich gar nicht auf Seiten der Bauernproteste stehen, sondern bereit sind für die Agrarwende (ohne dass dieser Begriff hier ausdrücklich verwendet wird). Die Passage lautet:

„Es sind vor allem die jüngeren Landwirte, die erkannt haben, dass es so nicht weitergehen kann, dass in einer insgesamt stärker auf Nachhaltigkeit bedachten Gesellschaft auch die Landwirtschaft sich anpassen muss. Sie suchen sich neue Organisationsformen jenseits des traditionellen Bauernverbandes. Und sie umgehen den Preisdruck im Lebensmitteleinzelhandel, indem sie neue Betriebswege erschließen. Viele Nachwuchslandwirte stellen nicht nur auf Bio-Anbau um, sondern interpretieren auch den Hofbegriff neu. Sie holen sich Start-ups aus der Food-Szene auf ihre Höfe und schaffen Orte, die Stadt- und Landmenschen wieder zusammenbringen.“

Hier geschieht eine grobe Irreführung der Leser, die auch nicht vor einer glatten Lüge zurückschreckt: In Wirklichkeit unterscheiden sich die Organisatoren der Bauerndemonstration, insbesondere das Netzwerk „Land schafft Verbindung“, von den offiziellen Bauernverbänden dadurch, dass sie die neuen Belastungen des Agrarpakets **strikt ablehnen**. Sie sind nicht mehr bereit, die Spirale von immer mehr Auflagen und immer mehr Subventionen mitzumachen. Sie haben erkannt, dass diese Spirale nicht weitergehen kann und zum Ausbluten einer eigenständigen Landwirtschaft und einer freien Bauernschaft führt. Die neuen Netzwerke auf dem Lande sind also Netzwerke des harten Widerstandes – darin sind sie mit den „Gelbwesten“ in Frankreich durchaus vergleichbar.

Die „neue Gesellschaft“ ist eine urbane Gesellschaft

Es ist bezeichnend, dass Frau Löhr hier den Bio-Landbau wieder ins Spiel bringt und mit Mode-Worten wie „Start-ups“ und „Food-Szene“ das Problem übertüncht, das sie am Anfang ihres Leitartikels noch erwähnt hatte: die Bio-Produkte sind für die große Mehrheit schlicht unbezahlbar. So ist am Ende des Leitartikels die harte Alltags-Arbeit der Bauern zum Verschwinden gebracht, der Traktor kommt nicht mehr vor. Es redet wieder nur das gehobene, großstädtische Milieu und es führt Selbstgespräche. Die Schwere der landwirtschaftlichen Dinge wird in den leichtfüßigen Small Talk der Steh-Parties verwandelt, die jetzt auch im Hofladen stattfinden sollen. Der urbane Lifestyle der „Kreativen“ soll nun auch das Land in Beschlag nehmen. Und die Milieus der Besserwisser und Besserverdiener haben natürlich kein Problem mit den verschärften Auflagen des Agrarpakets.

Im Hauptkommentar der „Berliner Zeitung“ vom 27. November schreibt Marina Korbaki ganz ähnlich wie Julia Löhr zunächst vom Frust der Bauern, um ihn dann ins Subjektive zu verschieben: *„Vor allem aber ist ihr Protest ein Ruf nach Aufmerksamkeit und Anerkennung.“* Und am Ende ihres Kommentars stellt sie sich in der Sache auf die Seite der Regierenden: *„Die Maßnahmen sind unumgänglich – die Gesellschaft hat ein Anrecht auf sauberes Trinkwasser und ein intaktes Ökosystem. Doch die Politik hat es versäumt, den Wandel offen zu kommunizieren und die Landwirte frühzeitig wissen zu lassen, dass sie an deren Seite steht.“* Die Autorin hat für die drastische Verschlechterung der Ertragslage der Bauern nur das harmlose Wörtchen „der Wandel“ übrig und will die Bauern damit abspeisen, dass die Regierung ihnen sagt, dass sie „an ihrer Seite steht“. Hier schreibt jemand, der sich weniger für die Arbeitsrealität der Bauern als für die „neuen gesellschaftlichen Ansprüche“ interessiert. Und die sind eben bloß die Ansprüche bestimmter großstädtischer Milieus.

Die täuschende „Diplomatie“ des Kanzleramtes

Am Montag den 2. Dezember fand im Kanzleramt eine Versammlung statt, die irreführend als „Agrargipfel“ bezeichnet wurde, obwohl die Vertreter der Bauern unter den geladenen 40 Verbänden und Organisationen (unter anderem Vertreter des Landschafts- und Gartenbaus, von Raiffeisen und Agrarhandel, von Bildungszentren, vom „Evangelischen Jugendwerk in Württemberg oder dem Bund Deutscher Pfadfinder) nur eine Minderheit waren. Dass Merkel die Sache zur Chefsache erklärt hat, bedeutete also nicht eine Konzentration auf das Dringende, sondern eine Erweiterung auf ein weites Feld sozialer Anliegen. Und es bedeutete eine Verschiebung in der Zeit: der Blick sollte in weitere Zukunft schweifen.

In der FAZ vom 3. Dezember wird der Montagsgipfel im Kanzleramt von Jessica von Blazekovic auf Seite 1 kommentiert. Dort heißt es: *„Schon oft wurde die Bundeskanzlerin für ihr Verhandlungsgeschick gelobt. Auf dem ‚Agrargipfel‘ war das wieder einmal schön zu beobachten...Doch Merkel ist es gelungen, für so etwas wie einen Waffenstillstand zu sorgen...Die enormen Herausforderungen der Landwirtschaft sind dadurch freilich längst nicht gelöst. Aber allen Konfliktparteien scheint es gut zu tun, dass Merkel das Thema nun zur Chefsache erklärt hat.“*

Damit endet der Kommentar. Der Bericht auf Seite 2 von derselben Autorin (Überschrift „Bauern-Diplomatie à la Merkel“) enthält einige konfuse Formulierungen. Da ist von einer „Ackerbaustrategie“ die Rede, die die Ministerin Klöckner angekündigt habe, „um Zielkonflikte zwischen Ertragssicherung und Umwelt- sowie Klimaschutz zu vereinbaren“. Man will „Konflikte vereinbaren“? Die Kanzlerin will in einer Gesprächsrunde mit Handelsunternehmen die Lebensmittelpreise „thematisieren“. Wird es dadurch in den Regalen billiger? Die wichtigtuerschen Formulierungen täuschen darüber hinweg, dass hier gar keine festen Ver-

einbarungen in Aussicht stehen. Das hat mit einer ernsthaften Diplomatie nichts zu tun, sondern klingelt nur mit dem Wort.

Das Agrarpaket wird eiskalt durchgezogen

Währenddessen sollten alle Maßnahmen des Agrarpakets, dessen sofortige Aussetzung die Bauerndemonstrationen gefordert hatten, weiterlaufen. Denn es gab keinerlei Zusage einer Überprüfung und Korrektur des Agrarpakets. Das wurde knallhart abgelehnt oder schlicht mit Schweigen übergangen. Die Statements am Ende des „Agrargipfels“ vermieden es, die Ablehnung ausdrücklich und mit lauter Stimme der Öffentlichkeit mitzuteilen. Die Demonstrationen wurden also wie irgendeine beliebige Meinungsäußerung behandelt. So sollte die Sache im Stimmengewirr der „Kommunikation“ begraben werden.

Zu diesem Begräbnis haben die führenden deutschen Medien ganz wesentlich beigetragen. Denn sie haben alles getan, um das Gegenüber von Bauerndemonstration und Regierung wegzuschreiben. In der Berichterstattung über die Bauerndemonstrationen wurde unterschlagen, dass die Bauern ein direktes konkretes Anliegen haben: die Überprüfung und Korrektur des Agrarpakets. Die Ablehnung dieser Änderung wird in den Artikeln nicht - oder nur am Rande – erwähnt. Nie taucht sie in den Überschriften auf. Stattdessen wird so getan, als wären die diversen Gesprächsrunden, Dialog-Veranstaltungen, Zukunfts-Kommissionen und Strategiepapiere das Wichtige und Weiterführende. Damit haben sich die Medien erneut den Titel „Lügenpresse“ verdient – oder präziser ausgedrückt: Sie haben **einen Schutzschirm** um die Große Koalition und das Kanzleramt gebildet.

Was den „Gelbwesten“ in Frankreich gelungen ist

An dieser Stelle ist ein Vergleich mit der Bewegung der „Gelbwesten“ in Frankreich interessant. Es ist fast auf den Tag genau ein Jahr her, dass dort die Regierenden gezwungen wurden, die beschlossene Benzin- und Dieselpreis-Erhöhung zurückzunehmen. Das hatten sie vorher strikt abgelehnt, aber die Gelbwesten verschärften ihre Blockaden und ließen sich nicht von ihren Forderungen abbringen. Es bestand also eine klare Gegenüberstellung zweier Positionen, die schließlich zu einer wirklichen Änderung einer politischen Entscheidung führte. In Deutschland wird nun alles getan, um diese Gegenüberstellung wegzureden und damit zu verhindern. Eine stillschweigende Staatsräson scheint hierzulande darin zu bestehen, dass man dem Volk niemals gestattet, dass es direkt eine politische Entscheidung umbiegen kann. Dass man ihm einbleut, dass es politisch immer nur Worte und niemals Taten – mit Muskeln und Traktoren – hervorbringen darf.

Die Wahrheit der Traktoren

In der Demonstration der Bauern am 26. November 2019 ist daher auch eine weiterführende Wahrheit enthalten - eine Wahrheit über den Weg der Veränderung in diesem Lande. Wenn sich in Deutschland etwas ändern soll, dann kann und wird es nicht im Namen vager Aussichten, sondern im Namen harter Wirklichkeiten geschehen. Von dieser prosaischen Seite werden die Kräfte der Veränderung kommen. Sie werden die Realität auf ihre Fahnen schreiben. Und sie werden diese Realität mit ihrer ganzen physischen Wucht hineintragen in die selbstbezo-

gene Welt der gehobenen, urbanen Sozialmilieus, die Deutschland mit ihren „großen Erzählungen“ in Bann halten wollen.



Es gibt eine weltweite Knappheit bei den Nahrungsmitteln. Eine „Agrarwende“ von der konventionellen zur „ökologischen“ Landwirtschaft würde diese Knappheit noch zusätzlich und leichtsinnig verschärfen
(Die Wahrheit der Traktoren, Teil 2)

Über den Satz „Die Nahrungsmittel sind zu billig“

11. Dezember 2019, Gerd Held

Die Welt hat Hunger. Sie hat sogar immer größeren Hunger bei begrenzten räumlichen Möglichkeiten. Im Jahr 1950 standen weltweit noch 5000 Quadratmeter pro Kopf für die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung. Im Jahr 2050 werden es nur noch 1750 Quadratmeter sein. Es gibt also eine zunehmende fundamentale Knappheit. Und das erzeugt einen Druck in Richtung höherer Preise, der nur durch eine erhöhte Produktivität der Landwirtschaft, durch höhere Überschüsse nach Abzug der Aufwandskosten also, bewältigt oder wenigstens gemäßigt werden kann. In diesem Sinn könnte man sagen, dass die heutigen Nahrungsmittelpreise eher eine Tendenz nach oben als nach unten haben. Und dass deshalb die Erhaltung und Weiterentwicklung der Produktivität der Landwirtschaft das erste Gebot dieses Jahrhunderts ist. Die Welt steht vor härteren Zeiten. In dieser härteren Welt werden die industriellen technischen Mittel nicht weniger wichtig, sondern wichtiger. Und das gilt auch für die Traktoren, die zum Symbol der Bauerdemonstrationen geworden sind.

Der Satz „Die Nahrungsmittel sind zu billig“ ist leichtsinnig

Aber der Satz „Die Nahrungsmittel sind zu billig“ wird noch in einem anderen Sinn gebraucht. Er will dann sagen, dass die Preise in diesem Bereich **willkürlich und leichtsinnig** niedrig gehalten werden. Dass man, bei einigem guten Willen, sie auch erhöhen könnte – einfach so, ohne dass es woanders gravierende Folgen hätte. Hier wird die Formel von den „Bil-

lig-Nahrungsmitteln“ zu einer jener moralischen Patentformeln, die in unserer Zeit immer dann in Umlauf gebracht werden, wenn es Schwierigkeiten gibt: Zahlt doch einfach mehr! Warum wollt ihr das nicht tun, ihr Bösen?

Von dieser Patentformel wird auch jetzt wieder eifrig Gebrauch gemacht. Um nicht ihre belastenden Normen zurücknehmen zu müssen, stellen die Regierenden den Bauern eine Lösung durch Erhöhung der Erzeugerpreise in Aussicht. Dafür sollen die Verbraucher höhere Preise für Nahrungsmittel akzeptieren – so als handele es sich nur um eine Bagatelle, die bei einem Haushalt nicht weiter ins Gewicht fällt.

So wird hier auch gleich **ein zusätzlicher Anspruch** eingebaut: Denn es soll nicht bei den konventionellen, mit industriellen Mitteln von den Bauern hergestellten Agrarprodukten bleiben, sondern es sollen nun „Bio-Produkte“ sein, die ohne einen Großteil der industriellen Mittel hergestellt werden und daher noch einmal zusätzlich teuer sind. So bekommt die an sich richtige Aussage, dass wir mit höheren Kosten für unsere Nahrung rechnen müssen, eine ganz andere Wendung. Sie transportiert eine erhöhte Anspruchshaltung der (städtischen) Konsumenten und zusätzliche Anforderungen an die Bauern. Das ist, vor dem Hintergrund der Weltlage, eine Sonder- und Luxus-Agrarpolitik.

Was die erhöhten Preise für Bio-Produkte bedeuten

In der Wochenausgabe der „Frankfurter Allgemeinen“ (Nr. 49/2019) steht ein Interview mit dem Bauern Maximilian Kirsten aus Brandenburg (Herzberg an der Elster), der einen konventionellen Ackerbaubetrieb führt, während zugleich (von seiner Mutter) dort eine ökologische Kälberaufzucht betrieben wird. Für ihn zeigt sich immer deutlicher eine Grenze, die einer Ausweitung der Bio-Landwirtschaft entgegensteht und die sich nicht wegreden lässt:

„Die Nachfrage nach Bioprodukten ist einfach nicht da. Unser Nachbarbetrieb muss sein Biogetreide zum Preis konventioneller Ware verkaufen. Und wir suchen händeringend nach Abnehmern für unsere Biokälber. Am Ende verkaufen wir sie dann gerade so kostendeckend und an einen konventionellen Mastbetrieb. Das ist traurig. Alle schreien Bio, aber keiner will dafür bezahlen.“

Es zeigt sich also, dass eine Verlagerung auf immer höhere Qualitätsstufen und Reinheitsansprüche, nicht der Königsweg ist, der aus dem Kostenpreis-Problem elegant herausführt. Er verschärft vielmehr dies Problem und führt in eine Sackgasse.

Die Preisunterschiede sind keine Kleinigkeit

Die Tatsache, dass die Nachfrage nach Bioprodukten „einfach nicht da ist“, liegt nicht an irgendeinem Charaktermangel („Geiz“, „Unwissenheit“) der Konsumenten, sondern ist wohlbedacht. Ich habe aus gegebenem Anlass einfach mal einen Preisvergleich gemacht, ein paar Tage nach der Bauerndemonstration, in Berlin-Moabit, zwischen der großen Lebensmittelkette, bei der ich einkaufe (Rewe) und dem LPG-Bio-Markt, ein größerer (genossenschaftlicher) Bio-Anbieter in Berlin-Brandenburg. Meine kleine Vergleichsliste, die nicht ein repräsentativer Warenkorb ist, sieht so aus:

Produkt	Preis konventioneller Nahrungsmittel-Handel	Preis Bio-Nahrungsmittel-Handel
---------	---	---------------------------------

Vollmilch (1 Liter)	0,73 Euro	1,15 Euro
Gouda-Käse (500 g)	2,81 Euro	6,15 Euro
Ziegen-Camenbert (100g)	2,89 Euro	4,03 Euro
Marmelade (divers, 500 g)	3,20 Euro	5,95 Euro
Kl. Bratwürstchen (12 St.)	2,25 Euro	4,99 Euro
Salatgurke	0,44 Euro	1,69 Euro
Blumenkohl (Stk)	2,71 Euro	3,49 Euro
Rosenkohl (1 kg)	1,99 Euro	6,99 Euro
Möhren (1 kg)	0,65 Euro	1,99 Euro
Clementinen (1 kg)	0,95 Euro	3,59 Euro
Orangen (Navelina, 1 kg)	1,33 Euro	2,39 Euro
Paprika rot (1 kg)	1,58 Euro	4,69 Euro
Kartoffeln (1 kg)	1,15 Euro	2,29 Euro

Wenn man eine Mitgliedskarte bei der Bio-Genossenschaft erwirbt (für 17,90 Euro pro Monat), reduzieren sich Preise um ca. 15-20 Prozent, aber auch sie liegen noch erheblich über den Preisen der konventionellen Nahrungsmittel im Supermarkt.

Man sieht sofort: die Preisunterschiede sind immens, gerade auch bei ganz alltäglichen Lebensmitteln. Würde die Bio-Landwirtschaft zur Regel-Landwirtschaft, wäre das ganze Land mit einer wirklich drastischen Erhöhung der Ernährungskosten konfrontiert. Das gesamte Budget eines durchschnittlichen Haushaltes würde sich dramatisch verschieben. In vielen Fällen wäre die Gesamtheit elementarer Kosten (Miete, Strom, Wasser, Heizung, Kleidung, Nahverkehr, Telekommunikation, Bildung) nicht mehr zu bezahlen, von Kultur, Sport, Reisen ganz zu schweigen. Es würde aber auch nicht mehr möglich, an der einen oder andere Stelle zu höherwertigen, besonderen Lebensmitteln zu greifen. Sie würden wieder ein extremer Luxus.

Und hier, bei den Lebensmitteln kann man nicht auf andere Güter ausweichen. Man sollte hier an die Empörung denken, die die Erhöhung der Wohnkosten (Miete) in vielen Großstädten ausgelöst hat. Und dort könnte man immerhin sagen, dass nicht alle in Großstädten wohnen müssen und man in vielen Fällen auf dezentrale Lage und kleinere Orte ausweichen kann. Bei der Ernährung ist dies Ausweichen viel schwieriger.

Die Ernährungskosten schlagen auf die ganze Volkswirtschaft durch

Zugleich schlägt die drastische Erhöhung der Ernährungskosten, die eine solche „Agrarwende“ bedeuten würde, auf die gesamte Volkswirtschaft und das ganze Land durch. Denn sie beansprucht einen größeren Anteil der Haushalts-Einkommen und entzieht anderen Märkten Kaufkraft – zum Beispiel bei Kleidung, Wohnung, Mobilität, Information, Reisen, Sport, Kultur.

Das Gleiche gilt übrigens für die Verteuerung von Energie im Zuge der „Klima-Rettung“ (entweder durch Steuern oder durch Emissions-Zertifikate). Auch hier stehen krasse Preiserhöhung in Aussicht. Jetzt wird mit einem Zertifikats-Preis von 10 Euro angefangen, aber schon ertönt der Ruf, dass er höher sein muss – die Grünen sprechen schon von 80-100 Euro. Auch hier gilt: Der Anteil, den Energiegüter (bei Verkehr, Heizung, Produktion) im Budget der Haushalt und einer ganzen Volkswirtschaft einnehmen, wächst - auf Kosten der anderen Güter und Dienstleistungen. Die „Agrarwende“ wird also zusammen mit der „Energiewende“ und der „Verkehrswende“ einen verheerenden Einschnitt bedeuten.

Doch ist es hier wichtig, ein Merkmal zu unterstreichen: Dies alles geschieht durch **eine zusätzliche und willkürliche Verschärfung von Knappheiten**. Die konventionelle Landwirtschaft steht schon unter erheblichem Preisdruck. Zum Beispiel sind die Bodenpreise für Agrarland in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen, ohne dass die Bodenproduktivität pro Hektar im gleichen Maß zugenommen hat. Die Umweltschutz-Auflagen des Agrarpakets der Bundesregierung und die Bio-Landwirtschaft belasten die Bodenproduktivität zusätzlich. Dazu kommt der erhöhte Flächenbedarf durch Energiepflanzen im Zuge der „Energiewende“.

Vor einem schwierigen Ernährungs-Jahrhundert

Damit kommen wir zurück zum Ausgangspunkt dieses Beitrags: den schwierigen Grundbedingungen dieses Jahrhunderts. Es geht darum, die allgemeine, unvermeidliche Verschärfung der Produktions- und Lebens-Bedingungen in diesem Jahrhundert von der zusätzlichen, willkürlichen, ideologischen Verschärfung durch die verschiedenen „Wenden“ zu unterscheiden. Nimmt man die erste Verschärfung ernst, muss sich der Blick auf die Arbeitswelt der Bauern richten, auf die **Produktionssphäre** der Landwirtschaft. Hier finden sich die guten Gründe, warum die normale, konventionelle Landwirtschaft bestimmte Belastungen der Umwelt – zum Beispiel des Wassers – in Kauf nimmt, und warum sie auch in einem beträchtlichen Maß Düngemittel auf den Boden ausbringt. Man darf nicht so tun, als wäre auf diese Belastungen leicht zu verzichten, wenn man bloß den „guten Willen“ dazu hat. Man muss nachweisen, dass man einen gleichwertigen produktiven Ersatz hat. Die „ökologische“ Landwirtschaft hat ihn nicht.



In der Landwirtschaft zeigt sich besonders krass, wie wenig die technologischen Perspektiven unserer Gegenwart und die Politik des billigen Geldes gegen die Knappheiten der Realität ausrichten können.
(Die Wahrheit der Traktoren, Teil 3)

Urbane Utopien und zerstörte Bauernexistenzen

16. Dezember 2019, Gerd Held

Am 28. November, zwei Tage nach der Bauern-Demonstration in Berlin, veröffentlichte die Landwirtschaftsministerin Klöckner einen Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Der Beitrag trägt einen kolossalen Titel: „Die Landwirtschaft der Zukunft“. Das ist für eine Ministerin, die weder in der Agrarpraxis noch in der Agrarwissenschaft irgendwelche Leistungen vorzuweisen hat, eine ziemliche Anmaßung. Aber offenbar nehmen unsere Regierenden seherische Fähigkeiten für sich in Anspruch. Der Text ist offenbar auch nicht an die Bauern adressiert, sondern an die mediale Öffentlichkeit. Der Schlüsselsatz ist folgender:

„Meine Antworten speisen sich aus großer Hoffnung darauf, dass technische Entwicklungen Zielkonflikte lösen werden, dass Ernten gesichert werden können, aber auf umweltschonende Weise. Ich sehe großes Potential in der präziseren Düngung und Spritzung durch sensorgestützte Landtechnik, in der automatisierten Bedarfsanalyse durch Sensoren und Drohnen. Ich setze auch auf mehr Offenheit und Fortschritte in der Pflanzenzucht für klima- und schädlingsresistente Pflanzen durch Gen-Scheren wie Crispr-Cas und eine differenziertere, liberalere Handhabung der Zulassung durch den europäischen Gesetzgeber und die europäischen Gerichte.“

An anderer Stelle des Textes ist von Investitionen in die „digitale Präzisionslandschaft, in der ich die Zukunft sehe“ die Rede. Julia Klöckner stellt also alles Mögliche in eine Vitrine namens „Zukunft“. Sie setzt auf das Prinzip „Hoffnung“. Aber sie kann nichts vorweisen, was die Ertragsprobleme der Landwirtschaft lösen würde, wenn man die über lange Zeiträume entwickelten, konventionellen Anbaumethoden nicht abbricht. Sie erwartet von den Bauern hohe Investitionen und große Anstrengungen in eine ganz neue Landwirtschaft, aber sie kann nichts vorweisen, dass die Rentabilität dieser Investitionen und Anstrengungen belegt. Sie ersetzt belastbare Garantien durch den Appell an Haltungen.

Ein technologisches Utopia

Vor allem fällt auf, dass die Lösungen, die sie erwähnt, gar nicht zielgenau die Probleme treffen, vor denen die Bauern heute stehen. Wieso kann „Präzision“ die Lücke füllen, die die erzwungene Reduzierung der Düngung in die Erträge reißt? Die Landwirtschaft bekommt hier ja kein Präzisionsproblem, sondern ein stoffliches Qualitätsproblem bei den Böden. Die EU-Verbote, die diese Ministerin ja vertritt und jetzt zur Anwendung bringen will, sind gerade nicht präzise, sondern pauschal. Das gilt auch für die Pestizide, denn das Glyphosat-Verbot ist ein generelles Verbot (das bisher nur auf einem vagen Anfangsverdacht und viel Medienwirbel beruht).

Auch die neuen gentechnischen Verfahren auf Molekularbasis, von denen sie spricht, sind keine Antwort auf die akuten Probleme der Landwirtschaft. Denn sie sind gegenwärtig nicht verfügbar. Es stehen noch langjährige Erprobungen bevor, bevor Flora und Fauna auf neue Weise resistent sind. Wer die langsamen Rhythmen der Technikgeschichte (und ihre häufigen Rückschläge) kennt, kann über diesen Text, der keinerlei Angaben über den Stand von Technik und Wissenschaft in der Landwirtschaft enthält, nur den Kopf schütteln.

Die dunkle Kehrseite der Utopie

- An dieser Stelle wird die schäbige Seite der neuen Agrarpolitik sichtbar: Sie ist eine Negativpolitik, die die gewachsenen, erprobten Strukturen zerstört – ohne dass Ersatz zur Verfügung steht. Sie vollzieht schon Zwangsmaßnahmen einer Wende, bevor irgendetwas Solides, irgendein echtes Neuland in Sicht wäre. Das ist keine Realpolitik, sondern eine polit-strategi-

ches Projekt, das auf eine schwarz-grüne Allianz abzielt. Hier wird eine „Agrarwende“ entworfen, die die traditionellen Bindungen der CDU/CSU an die bäuerliche Landwirtschaft kappt und stattdessen an den Politikstil einer leichtfüßigen, urbanen Dienstleistungs-Schickeria appelliert. Ein Milieu, das keine Höfe kennt, sondern nur kleine, hübsche Projekte, die aber mit umso größeren Zukunfts-Erzählungen aufgeblasen werden. Und dann sagt diese Ministerin in Richtung Bauern, sie sollten „jetzt nicht den kühlen Kopf zu verlieren“ (das steht wirklich wörtlich in dem Brief). Dabei verlangt sie von den Bauern nicht weniger, als dass sie sich überschulden und kaputtarbeiten. Sie verlangt, ihr über Generationen aufgebautes Erbe aufs Spiel zu setzen.

„Entstofflichung“ und hohler Liberalismus

Dem Milieu, das in der Agrarwende federführend ist, ist die Materialität der Landarbeit nicht nur fremd, sondern sie will von dieser Materialität auch nichts mehr wissen. Sie hält diesen ganzen, schwergewichtigen Komplex für veraltet. Für dies Milieu ist die „Entstofflichung“ der generelle Zukunftstrend. Am 4. Dezember beschrieb Michael Theurer, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag, im Wirtschaftsteil der FAZ seine Deutschland-Vision folgendermaßen:

„Wir sollten das Land werden, das die Grundwerte der pluralistischen liberalen Demokratie westlicher Prägung...in die digitale Welt übertragen hat. Wir werden durch die weltbeste Bildung in einer Gesellschaft glücklicher, interessierter, neugieriger und produktiver Menschen leben. Wir werden Digitalisierung mit industrieller Wertschöpfung verknüpft haben und als Entwicklungszentrum der Welt einen substantiellen Beitrag zum Fortschritt der Menschheit leisten. Das Klimaproblem werden wir durch konsequente Anwendung des technologischen Fortschritts gelöst haben. So weit meine Vision.“

Deutschland als digitalisiertes Entwicklungszentrum der Welt – die Arbeit tun die Anderen, könnte man mit Helmut Schelsky hinzufügen. Dieser Liberalismus unterschreibt gläubig die Mär von der ultimativen Klimakrise und stellt dabei einfach eine leichte Lösung in Aussicht. Die Übereinstimmungen mit der „Präzisions-Landwirtschaft“ von Frau Köckner sind frappierend. „Bürgerlichkeit“ ist per Tastendruck zu haben, und der Liberalismus kennt nur noch eine reibungslose Freiheit mit gefügigen Dingen.

Weder Bio-Zukunft noch Großfabrik-Zukunft

Umso wichtiger ist es, ein realistisches Bild von den Grenzen des technologischen Fortschritts im Bereich der Landwirtschaft wiederzugewinnen. Das technologische Bio-Sozial-Utopia, das alle Härten aus der Welt schafft und das bessere Produkte, eine unbelastete Umwelt, eine leichtere Arbeit und bezahlbare Preise miteinander verbindet, gibt es nicht. In der Bio-Abteilung ist eher eine Ernüchterung absehbar, so sehr politisch-medial auch ein ganz anderes Bild gemalt wird. Zugleich ist auch die verbreitete Annahme falsch, dass die konventionelle Landwirtschaft nur zur riesenhaften Agrarfabrik tendiert. Die Skaleneffekte sind in diesem Sektor bei weitem nicht so groß wie in der Automobil- oder Chemieindustrie. Klein- und Mittelbetriebe haben deshalb durchaus eine Zukunft, je nach den Gegebenheiten des Bodens und der Produkte. Die Maschinen und Betriebsanlagen müssen kein Riesensysteme sein, der Traktor bleibt ein durchaus typisches Merkmal der modernen Landwirtschaft. Viel stärker als die Technik drückt der bürokratische Aufwand einschließlich der rechtlichen Absicherung in

Richtung Großbetrieb. Von der technischen Seite her ist eine vielgliedrige, produktive Betriebslandschaft durchaus möglich, aber bei der Produktivität wird es keine großen Sprünge geben. Die fundamentale Knappheit an der Ernährungsfront wird bleiben.

Die Utopie des ewigen billigen Geldes

Aber es gibt noch eine andere Antwort auf die Knappheiten im Zusammenhang von Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt, die ebenfalls eine leichte Lösung suggeriert. Sie wird gegenwärtig sogar mit politischem Großeinsatz extrem gesteigert. Es geht um den sogenannten „grünen New Deal“: Im Zuge der „Klima-Rettung“, die von der Politik in Deutschland und etlichen anderen Ländern zur obersten Priorität dieses Jahrhunderts erklärt wurde, sollen gigantische Finanzmittel – die Rede ist von 3 Billionen Euro in den nächsten Jahren – in verschiedene Bereiche fließen, darunter auch in die Landwirtschaft. Gewonnen werden soll diese gigantische Kapitalmasse nicht durch die produzierten Überschüsse der Realwirtschaft, sondern durch Schulden, unterlegt mit einer nochmaligen Steigerung der Politik des billigen Geldes durch die Europäische Zentralbank.

So taucht hier eine Art „monetäres Utopia“ auf, das sich von jeglichen Gesetzen der Wertschöpfung und Produktivität entkoppelt hat - so jedenfalls ist die spekulative Annahme. Man kann scheinbar grenzenlos Subventionen in die Landwirtschaft fließen lassen, die es erlaubt, produktive konventionelle Anlagen (sofern sie Umweltlasten bei Boden, Wasser oder Klima bedeuten) stillzulegen und zugleich Bio-Produkte zu moderaten Preisen für die Verbraucher zur Verfügung zu stellen.

Ein solcher „grüner New Deal“ erscheint sehr verlockend. Aber noch größer ist die Gefahr, die mit dieser monetären Utopie verbunden ist. Das scheinbar leicht verfügbare Geld kann dazu veranlassen, dass man die bestehende konventionelle Landwirtschaft (und andere Industrien) leichtfertig aufgibt und Höfe, Traktoren, Berufliche Qualifikationen und Arbeitskulturen nachhaltig zerstört. Aber Geld kann man nicht essen. So müssen sich irgendwo Betriebe, Menschen, Orte oder andere Länder finden, die Nahrungsmittel herstellen und bereit sind, sie gegen Geld abzugeben. Das ist ein hübsches Paradox: Man will das Natürliche retten, indem man die willkürlichste Fiktion, die man sich vorstellen kann, einsetzt: Geld aus der Druckmaschine.

Auch diese zweite Version einer leichten Lösung ist auf die Dauer unhaltbar. Wer würde noch irgendwelche mühselige Arbeit machen, wenn überall Geld ohne Gegenleistung in Umlauf gebracht wird. Wir sehen ja schon heute, nach etlichen Jahren der Politik des billigen Geldes, wo überall die Arbeit liegen bleibt.

Eine Schlussbilanz

Ein leichter Ausweg aus den Knappheiten des Zusammenhangs von Ernährung, Umwelt und Landwirtschaft ist nicht in Sicht. Es wird nur sehr langsame, begrenzte Fortschritte im Bereich der konventionellen Landwirtschaft geben. Es wird keine Lösung geben, die ganz ohne Umweltbelastung, ganz ohne anstrengende Landarbeit und ganz ohne gewisse Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln auskommt. Aber vor allem ist in dieser Lage jede zusätzliche, willkürliche Extrabelastung – also jede „Agrarwende“ – verheerend und ein wirklicher Irrsinn.

